



Nationales Erneuerungsprogramm, nachgeholt

Thesenpapier von La Banda Vaga zu Hintergründen und Konsequenzen von »Industrie 4.0«, Teil 2

In: *express* 01/2020

In der letzten Ausgabe des *express* (12/2019) haben wir »Industrie 4.0« als wirtschaftspolitisches Programm von Akteuren der deutschen Industrie (These 1), Wissenschaft und Politik beschrieben, das den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken soll. Dieses leitet zwar keine »4. industrielle Revolution« ein, steht aber für eine reale Produktivkraftentwicklung, die das Kräfteverhältnis innerhalb der Betriebe zugunsten des Kapitals verschiebt (These 2). Beispielsweise führen digitale Assistenz- und Kontrollsysteme zu zusätzlicher Arbeitsverdichtung und zur Entwertung des Erfahrungswissens von FacharbeiterInnen, wodurch vermehrt Tätigkeiten auch von ungelernten ArbeiterInnen ausgeführt werden können (Deskilling, These 3 und 4). Kurzfristig scheint keine technologische Arbeitslosigkeit anzustehen, aber es bleibt abzuwarten, ob die versprochenen Beschäftigungsgarantien bis 2025 bestehen bleiben oder das Kapital, wie Wolfgang Schaumburg (GoG Opel) in Reaktion auf Teil 1 dieses Beitrags angemerkt hat, Personalabbau über Vorruhestands- und Abfindungsangebote, langfristige »Qualifizierungsmaßnahmen« und der »Katastrophenklausel« in den entsprechenden Vereinbarungen betreiben wird. Auf jeden Fall werden die Arbeitsverhältnisse durch das Deskilling prekärer (These 7) und, weil zeitgleich ein Stellenausbau auf den Planungs-, Steuerungs- und Führungsebenen stattfindet, polarisieren sich die Belegschaften zunehmend (These 4). In Bezug auf die technischen Neuerungen misstrauen die ArbeiterInnen diesen Führungs-, Planungs- und Steuerungsebenen, denen tendenziell jeder Arbeitsschritt der Beschäftigten transparent wird (These 6), während eine größere betriebliche Mitbestimmung durch »Industrie 4.0« ein leeres Versprechen geblieben ist (These 5).

Im zweiten Teil unserer Thesen gehen wir nun auf die veränderten Bedingungen für Arbeitskämpfe ein und ordnen die skizzierten Produktivkraftentwicklungen in die mittel- und langfristigen, globalen wie nationalen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus ein.

These 8: Die Digitalisierung verschlechtert die Bedingungen für Arbeitskämpfe.

Die digitalen Neuerungen werden vor allem zur Überwachung und Kontrolle der ArbeiterInnen eingesetzt und zerstören Räume von Kommunikation und subversivem Handeln. Eine befragte Person teilt mit, dass durch Analysen des Arbeitsprozesses selbst Verzögerungen von ein bis zwei Minuten zu Ermahnungen führen können: »Du bist hier nicht da zum Schwätzen, sondern zum Arbeiten.« Kleine Pausen und Gespräche mit den KollegInnen werden so systematisch erschwert. Aber auch die konstante Angst, dass subversives oder auch nur irreguläres Verhalten mittels digitalen Technologien zurückverfolgt werden könnte, lähmt die ArbeiterInnenschaft.

Eine der schwerwiegendsten Konsequenzen der Digitalisierung besteht in der durch Deskilling bedingten Austauschbarkeit der ArbeiterInnen. In bestimmten Segmenten (Intralogistik, Produktion) wird das bislang essentielle Produktionswissen der ArbeiterInnen

express Nr. 01/2020

und damit ihre Produktionsmacht durch Einsatz von Sensorik, Feedbacksystemen, Speichermedien etc. entwertet. Die damit einhergehende Austauschbarkeit der ArbeiterInnen (sowohl im Werk als auch generell auf dem Arbeitsmarkt) schwächt ihre Position im Arbeitskampf.

These 9: Die Digitalisierung verbessert die Bedingungen für Arbeitskämpfe.

Die meisten ArbeiterInnen lassen sich nicht auf die Management-Rhetorik der digitalen Selbstorganisation bzw. Selbstoptimierung ein. Sie erkennen, dass es sich bei den Entwicklungen um Rationalisierungs- und Kontrollstrategien handelt. Nichtsdestotrotz stehen sie den Entwicklungen größtenteils mit einem Gefühl der Ohnmacht gegenüber. Das schlägt jedoch oft in Wut um; insbesondere dann, wenn durch die digitale Kontrolle die menschliche Würde verletzt wird und sich die ArbeiterInnen als zu Maschinen herabgesetzt empfinden. Das wiederum führt zu einer Zunahme von informellen Arbeitskonflikten – von einer Kultur der Insubordination bis hin zu einigen Fällen von Sabotage. In diesem Zusammenhang liefert die digitale Infrastruktur den ArbeiterInnen neue Machtressourcen. Das liegt nicht zuletzt an der besonderen Verwundbarkeit der neuen Technologien: Da die »Industrie 4.0« im Wesentlichen die Prinzipien der Lean Production radikalisiert (vgl. These 2 in *express* 12/2019), treten auch deren Schwachstellen offener zutage: Gerät etwa die durch Just-in-Sequence-Techniken optimierte Zulieferkette ins Stocken, steht auch schnell die Gesamtproduktion still. Das wurde zum Beispiel beim Streik der Audi-ArbeiterInnen im ungarischen Győr sehr deutlich: Als dort im Januar 2019 eine Woche lang gestreikt wurde, standen prompt auch das Werk in Ingolstadt und später sogar auch die Werke anderer Autohersteller in ganz Süddeutschland still. Die Forderungen der ArbeiterInnen in Győr konnten vollständig durchgesetzt werden. Diese Beispiele informeller und formeller Arbeitskonflikte zeigen, dass die Bedingungen für Arbeitskämpfe nicht nur durch die technologischen Neuerungen bestimmt sind (vgl. These 7 in *express* 12/2019 und These 8), sondern auch durch die Fähigkeit von Belegschaften und Gewerkschaften zur Mobilisierung und Entwicklung neuer Strategien für Arbeitskämpfe.

These 10: Die Digitalisierung der Industrie ist die Antwort des Kapitals auf die anhaltende Verwertungskrise. Sie könnte aber viel mehr sein...

Um die Entwicklungen rund um Digitalisierung und »Industrie 4.0« richtig zu verstehen und auch politisch und strategisch adäquat einschätzen zu können, ist es hilfreich, sie in die mittel- und langfristigen ökonomisch-historischen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus einzuordnen.

Der Hintergrund hierfür ist die verstetigte Krise des Kapitals: Seit dem Ende des Nachkriegsbooms in den 1970er Jahren sinken die Profitraten für das überakkumulierte Kapital. Das Kapital versucht den vollen Ausbruch dieser latenten Dauerkrise seitdem durch einen massiven Angriff auf die Klasse der Lohnabhängigen vor sich her zu schieben. Bei mangelnden Anlageaussichten wird überall versucht, insbesondere das bereits eingesetzte Kapital in seinen Profiterträgen durch eine Erhöhung der Ausbeutungsrate zu stärken – etwa durch Prekarisierung und Flexibilisierung klassischer Arbeitsverhältnisse.

Zugleich ist das Kapital seit den späten 1970er Jahren massenhaft – dank staatlicher Deregulierung – in den Finanzsektor geflossen, so dass dieser mit großem Abstand die kapitalkräftigste Branche darstellt. Das hat zur Folge, dass es trotz immer neuer Nachrichten von der technischen Möglichkeit der weitgehenden Substitution menschlicher Arbeit durch Roboter im Zuge der »Industrie 4.0« bislang nicht zu einem großen Automatisierungsschub kam.¹

Bei den kontinuierlich sinkenden Wachstumsraten scheint es schlicht nicht profitabel, in immer teurer werdende neue Produktionstechnik zu investieren. Das liegt nicht nur am Preis dieser Technologien selbst, sondern vor allem daran, dass es höchst risikoreich scheint,

Kapital permanent in Form von industrieller Infrastruktur zu fixieren. Denn die niedrigen Wachstumsraten machen auch die zukünftigen Produktabsatzmöglichkeiten und damit die Profitaussichten unsicher. Da scheint es lukrativer, Kapital in die Finanzmärkte zu investieren, aus denen es im Krisenfall schnell wieder abgezogen werden kann.

Damit bleiben größere Produktivitätssteigerungen in der Industrie aus, was bedeutet, dass entweder die Profite sinken oder die Arbeit noch weiter ausgebeutet werden muss. Mit der Digitalisierung geschieht Letzteres.² Erstens ermöglicht sie, wie wir in These 4 gesehen haben, eine Dequalifizierung und damit Verbilligung der Arbeit (was den Vergleichsrahmen für die Kosten der Robotik darstellt). Zweitens wird sie, wie wir in der dritten These gesehen haben, zur Verdichtung der Arbeit genutzt und reduziert damit die Menge der notwendigen Arbeitskräfte. Drittens ermöglicht sie eine Prekarisierung der Beschäftigten und damit einen flexiblen Arbeitskräfteeinsatz, den Roboter nicht bieten. Bei der Arbeitsverdichtung bzw. -intensivierung wird die Arbeit nicht im strengen Sinne produktiver, d.h. das Verhältnis von aufgewendetem Arbeitsvolumen und Anzahl der mit diesem Arbeitsvolumen produzierten Güter bleibt gleich. Vielmehr zielt die Arbeitsverdichtung darauf, dass innerhalb derselben Zeit ein größeres Arbeitsvolumen verrichtet werden kann, indem »tote Zeit«, in der eigentlich keine Arbeit stattfindet, eliminiert wird. Die Anzahl der in derselben Zeit produzierten Güter steigt zwar an, aber nicht, weil die Arbeit selbst durch neue Produktionsmittel produktiver geworden ist, sondern schlicht, weil in derselben Zeit mehr menschliche Arbeit geleistet wird³ – also das, was Marx als relative Mehrwertproduktion beschreibt.

Investitionen in Rationalisierungsmaßnahmen sind insgesamt deutlich billiger als in Automatisierung, und durch die Digitalisierung öffnen sich dafür neue Spielräume, wie unsere Untersuchung zeigt. Durch die Arbeitsverdichtung wird ein größerer Mehrwert produziert, und da die Löhne keineswegs proportional zum Grad der Arbeitsverdichtung steigen, erhöht sich der Ausbeutungsgrad: Die Arbeit wird noch stärker unter ihrem Wert entlohnt.

Festzuhalten bleibt an dieser Stelle, dass durch die Digitalisierung in der Produktion – besonders der Automobilindustrie – es allem Anschein nach nicht zu einer erhöhten organischen Zusammensetzung des Kapitals⁴ kommt, sondern sich vielmehr durch Arbeitsverdichtung die Relevanz der menschlichen Arbeit erhöht.

Insofern verschärft die Digitalisierung selbst den weiteren tendenziellen Fall der Profitrate weniger als erwartet. Die Krise wird also auf Kosten der Arbeit weiter hinausgezögert. Indem die Digitalisierung die Produktion technologisch erheblich rationalisiert und optimiert, lassen sich sowohl die Arbeitskosten als auch die Verhandlungsstärke der Gewerkschaften senken und die Kampfkraft der Beschäftigten schwächen. Mit der Digitalisierung wird daher in erster Linie die Strategie fortgesetzt, die Ausbeutungsrate zu intensivieren – womit auch der Konkurrenzdruck unter den Einzelkapitalen zunehmen dürfte.

Diese Anstrengungen schieben die Krise somit zwar auf, können sie aber nicht lösen. Immer wieder bricht sie sektoral oder lokal auf, jedes Mal mit der Gefahr, sich zu verallgemeinern, wie zuletzt mit der globalen Krise von 2007/2008. Seitdem steht das Kapital noch mehr unter Druck, neue Verwertungsmöglichkeiten zu erschließen; vor allem, weil das neoliberale Modell im Zuge der teilweise enormen gesellschaftlichen Zumutungen und Verwerfungen in der Folge der Krise von 2007/2008 und der zunehmenden sozialen Ungleichheiten politisch verstärkt in Frage gestellt wird.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass der Staat eine stärkere Rolle bei der Gestaltung der Kapitalakkumulation spielt. Zwar ist das Modell des »investiven Staates«, der gezielt in Entwicklungen für die heimische Industrie investiert, in Deutschland kein Novum, doch es scheint, dass mit den Förderprogrammen zur »Industrie 4.0« und der zunehmenden Bedeutung staatlich finanzierter Entwicklungsdienstleistungen (etwa durch die staatlich cofinanzierten Fraunhofer Institute mit ihrer anwendungsorientierten unternehmensbezogenen Forschung) eine neue Qualität erreicht wurde. Als Reaktion auf die Überakkumulationskrise und der damit verschärften Konkurrenz greift der deutsche Staat in keynesianischer Manier

auf Seiten des Kapitals ein – anstatt wie sonst im Keynesianismus üblich auf Seiten der Arbeit durch Investitionen in Infrastruktur, Stärkung der Nachfrage etc. – und erhofft sich eine Stärkung des nationalen Wirtschaftsstandorts.

Fazit

Die Digitalisierung provoziert immer wieder naive bürgerliche Prophezeiungen einer vierten industriellen Revolution, einer *liquid democracy* mit mehr Partizipation oder auch einem »Ende der Arbeit«.⁵ Sie erweisen sich jedoch empirisch als platte Ideologie. Der Kern der Digitalisierung besteht nicht in der Revolutionierung der Industrie, sondern der Kontrolle, nicht in der Demokratisierung, sondern in der Unterwerfung und schließlich nicht in der Entlassung, sondern in der verschärften Ausbeutung der Lohnabhängigen.

Anders als oftmals erwartet setzt sie unter den herrschenden Verhältnissen gerade keinen neuen Automatisierungsschub frei, sondern konstituiert vielmehr ein neues Herrschaftsregime in der Fabrik. Diese reelle Subsumtion der Arbeit unter der Ägide des Kapitals mit nunmehr digitalen Mitteln nimmt stetig autoritärere Züge an: Die Implementierung digitaler Technik wird als unausweichlich und alternativlos von den Management-Etagen durchgedrückt, so dass die Arbeit entqualifiziert, entwertet und verstumpft wird; zugleich wird die Belastung erhöht, Pausen und Freiräume werden eingeschränkt. Um dies zu gewährleisten wird die Kontrolle über die Arbeit intensiviert. Obwohl durch Digitalisierung Arbeit wirklich erleichtert, vielerorts auch einfach ersetzt und der Produktionsprozess insgesamt demokratisiert werden könnte, entfaltet sie unter den spätkapitalistischen Bedingungen niedriger Profitraten und einer Überakkumulation des Kapitals vor allem ihre destruktiven und autoritären Potentiale zu Lasten der ArbeiterInnen. Digitalisierung ist im Kapitalismus vor allem Klassenkampf von Oben.

Und darin sind sich Kapital und Staat einig: der Klassenkampf von Oben lässt sich gemeinsam am besten führen. Während der Staat durch Investitionsprogramme, Ausschreibungen und technologische Innovationen dem Kapital bei der Entwicklung und Implementierung des neuen digitalen Fabrikregimes gehörig unter die Arme greift, dankt es das Kapital mit prekären Arbeitsplätzen für die StaatsbürgerInnen und mit Steuern. Und des Weiteren gilt: wo die Arbeit prekär und die Arbeitsbedingungen autoritärer werden, braucht es auch einen autoritäreren Staat, um den »sozialen Frieden« zu gewährleisten. Insofern reiht sich die Digitalisierung der Industrie in die allgemeine globale Verschärfung bürgerlicher Herrschaft ein.

Doch zugleich besitzt die Digitalisierung auch die Potentiale einer wirklich vernünftigen, an den Bedürfnissen orientierten Planwirtschaft als Basis einer rätekommunistischen Weltgesellschaft. Die Produktionsverhältnisse stellen aber eine Fessel für diese Entwicklung der Produktivkräfte dar.

Anmerkungen:

- 1 Als Indikator für neue Investitionen ist die Bruttoinvestitionsquote aussagekräftig. Sie bezeichnet das Verhältnis der Bruttoinvestitionen zum BIP. Sowohl in Deutschland als auch global ist sie im Sinken begriffen. Während sie zwischen 1960 und 1974 stark anstieg, sinkt sie seitdem in der Tendenz beständig, vor allem in den OECD-Staaten, aber auch global. Auch wenn seit 2012 ein kleiner Anstieg in Deutschland auszumachen ist, so ist dieser zu schwach, um eine neue »vierte industrielle Revolution« zu begründen.
- 2 Dies weist Moody empirisch nach: Kim Moody: *Schnelle Technologie, langsames Wachstum. Roboter und die Zukunft der Arbeit*, in: Butollo, F./Nuss, S.: *Marx und die Roboter. Vernetzte Produktion, künstliche Intelligenz und lebendige Arbeit*, Berlin 2019, S. 132-154. Siehe auch These 2 und 3.

3 Vgl. MEW 23, S. 547f.

4 *Organische Zusammensetzung des Kapitals* beschreibt das Verhältnis von menschlicher Arbeitskraft und maschineller Arbeit in der Produktion. Von einer erhöhten organischen Zusammensetzung spricht man, wenn sich der Anteil der Maschinen (das sogenannte konstante Kapital c) erhöht.

5 Rifkin, Jeremy: *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*. Frankfurt a.M. 1995.

express im Netz unter: www.express-afp.info